

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Landes-Zeitung. 1870-1918 1917

283 (21.6.1917) Mittagsblatt

Badische Landeszeitung

Samstag-Beilage: Kriegsdrachberichte der Woche

Ausgabe: Wöchentlich zweifach. — Bezugspreis: Vierteljährlich in Karlsruhe bei der Geschäftsstelle oder einer Niederlage bezogen Mk. 3.—, in das Haus gebracht Mk. 3.30, durch die Post bezogen ohne Zustellungsgebühr Mk. 3.— gegen Vorauszahlung.
Anzeigengebühren: Die einseitige Kolonelle ober deren Raum 20 Pf., Reklamezeile 20 Pf., bei Wiederholungen entsprechende Ermäßigung.
Anzeigenannahme in der Geschäftsstelle der Badischen Landeszeitung, Karlsruhe i. B., Fischstraße 9 (Fernsprech-Anschluß Nr. 400) sowie in allen bekannten Anzeigen-Geschäften.



Samstag-Beilage: Badisches Unterhaltungsblatt

Verantwortlich: Für den leitenden Teil, Deutsches Reich, Ausland, badische Politik und Feuilleton Walter Günter; für badische unpolitische Angelegenheiten, Kolonialnachrichten, Gerichtsfall, Sport, Handel und letzte Nachrichten Karl Binder; für Illustrationen und Anzeigen Mathilde Schumann; sämtliche in Karlsruhe.
Sprechzeit der Schriftleitung: vormittags 1/10 bis 1/11 Uhr, nachmittags 1/5 bis 1/6 Uhr. Fernsprech-Anschluß Nr. 400.
Rotationsdruck und Verlag der Badischen Landeszeitung, G. m. b. H., Fischstr. 9, Karlsruhe.

Nr. 283

76. Jahrgang.

Karlsruhe, Donnerstag, 21. Juni 1917

76. Jahrgang.

Mittagsblatt.

Der Weltkrieg.

Der österr.-ungarische Tagesbericht.

Wien, 20. Juni. Amtlich wird verlautbart:
Ostlicher und südöstlicher Kriegsschauplatz.
Unverändert.
Italienischer Kriegsschauplatz.
Nach 24stündiger Artillerievorbereitung setzte gestern früh auf der Hochfläche der Sieben Gemeinden der italienische Infanterieangriff ein, der namentlich am Nordflügel im Bereiche des Monte Forno und des Grenzflusses mit größtem Kraftaufgebot geführt wurde. Unsere Truppen brachten alle Anstürme des Feindes in siegreicher Abwehr zum Scheitern. Ein örtlicher Erfolg der Italiener im Gebiete des Vima Diavi, der einige hundert Schritte Raumgewinn eintrug, wurde durch Gegenangriff zum größten Teile wieder weit gemacht.
Am Isonzo nichts von Belang.
Der Chef des Generalstabes.

Die Kriegslage.

Deutscher Abendbericht.

Wien, 20. Juni, abends. (Amtlich.) Im Westen lebhaftes Geschichtsbild nur bei Baugattikon nordöstlich von Soissons. Vom Osten nichts Neues.
Wien, 20. Juni. Während am 19. d. an der flandrischen Front Infanteriekämpfe auch weiterhin unterblieben, versuchten die Engländer einen neuen Angriff auf den Lens-Bogen. 3 Uhr nachmittags brachen nach kurzer heftiger Artillerievorbereitung starke Angriffswellen vor. Lediglich nur nördlich des Souchez-Baches gelang den Engländern ein Einbruch in geringer Breite in den vordersten Graben. Trotz des immer neuen Einbruches sehr starker Kräfte bis in die Nacht hinein und eines gewaltigen Munitionsaufwandes gelang es ihnen nicht, die Einbruchsstelle zu erweitern. Desfließ von Croisilles wurden weitere 18 Gefangene eingebracht.
Am Hochberge, wo am 18. Juni ein kleines Stück des vorderen Grabens verloren gegangen war, vermochten sich die Franzosen nicht lange zu behaupten. Nachdem zwei heftige Angriffe zur Erweiterung ihres Gebietes abgelehnt waren, warf sie ein Gegenstoß deutscher Truppen wieder hinaus. Von dem ursprünglich eroberten 400 Meter

Graben verließ ihnen lediglich nur noch eine vorstpringende Spitze in einer Ausdehnung von etwa 80 Metern.
An der Ostfront waren drei Ententeleger am 19. Juni morgens Bomben auf ein Feldlazarett in Sereja nordöstlich von Brest, das durch die Genfer Flagge deutlich gekennzeichnet war.
Die Rückkehr des Rittmeisters von Richtig von einem längeren Erholungsurlaub machte sich dadurch bemerkbar, daß er bereits am Tage nach seiner Rückkehr seinen 53. Geburtstag feierte.

Ereignisse zur See.

Wien, 21. Juni. (Amtlich.) Vor der flandrischen Küste wurden am 19. Juni, früh, 3 feindliche Flugzeuge von unseren Seefliegern abgeschossen. Ferner wurde nördlich von Düinkerken ein englisches Torpedoboot von unseren Vorküstenstreitkräften versenkt, die Besatzung gefangen genommen.
Wien, 21. Juni. Der „Maasbode“ meldet, daß der norwegische Dampfer „Ara“ (1124 Bruttoregistertonnen) verbrannt ist.

Die ausgestorbene Nordsee.

Wien, 20. Juni. „Morgenblatt“ und „Tidens Tidende“ berichten aus Mandal, daß ein dortiger Fischer erzählt habe, die Nordsee sei so gut wie ausgestorben. Ein Fischer gibt an, auf einer dreiwöchentlichen Fahrt in der Nordsee kein einziges Gabelschiff gefangen zu haben. Dagegen sei er an einem Tag nicht weniger als sieben U-Boote begegnet.

Frankreichs wachsende Not.

Alle in den letzten Wochen aus Frankreich aus den verschiedensten Quellen zu uns herübergekommene Nachrichten lassen die bedenklich wachsenden Nahrungsmittelnotlagen deutlich erkennen, die sich je länger desto ernster, steigern müssen infolge der mangelhaften Bestimmung des eigenen Ackerlandes und der durch die deutschen U-Boote sich stetig vermehrenden Einfuhr. Eine wertvolle Bestätigung finden diese Nachrichten in neuerdings von unseren Truppen erbeuteten französischen Briefen. In einem solchen vom 9. April heißt es: „Ich kann Dir nur sagen, daß das Elend täglich größer wird. Es herrscht überall ein gänzlicher Mangel an Futtermitteln. Die schlechte Jahreszeit hat die Safer- und Kohlfelder vernichtet.“ Und aus Colais wird einem Franzosen an der Front interniert 5. Mai geschrieben: „Wenn der Krieg nicht bald zu Ende geht, kommen wir in traurige Verhältnisse hinein. Wir müssen schon ganz fürchterlich einsparen und ohne Vorräte sind wir dem Hungertode ausgeliefert. Noch einige Monate U-Bootkrieg und wir haben rein nichts mehr zu essen.“

Zur Lage in Rußland.

Von Silvio Broedrich-Kurmhallen.

o. st. Die Finanzen Rußlands treiben rettungslos in den Staatsbankrott und die allgemeine wirtschaftliche Lage läßt weder eine Offensive zu, noch ermöglicht sie auf die Dauer eine Defensiv. Statt des Friedensbudgets von 4 Milliarden sind für 1917 fünf erforderlich. Die mit 17 Milliarden verauslagten Kriegskosten werden für 1917 mindestens 20 betragen. Die provisorische Regierung hat sich bisher fast nur durch neue Papiergeldausgaben zu helfen geübt (Dien. 24. Mai), die Bevölkerung weigert sich Steuern zu zahlen (Ruzf. 21. 26. Mai), die Freiheitsanleihe hat vollkommen verfaßt. Daher hat die Regierung soeben wieder beschlossen, für neue 2-Milliarden Papiergeld auszugeben. Dazu bemerkt Ruzf. Slowo am 30. Mai: „Es sind bereits mehr als 11 1/2 Milliarden ausgegeben, gehen wir so weiter, so werden vom Werte des Papiergeldes wohl nur Kopfen übrig bleiben.“ Infolgedessen berät die Regierung eifrig, wie in ihrem Blatt, dem „Dien“ zu lesen war, wie man das im Lande befindliche Privatvermögen der Staatskasse zugute kommen lassen könne. Sie sei dabei zur Anerkennung von Methoden gelangt, die an Konfiskation grenzen. Wenn die Regierung dazu anreize, seien die Kapitalisten selbst schuld daran, die auf den Ruf zur Freiheitsanleihe ihr Papiergeld, das die Regierung brauche, um Deutl. verdeckt hätten. „Die Schuldansätze der Freiheitsanleihe würden natürlich nicht inkassiert werden!“ Da ist es denn verständlich, daß die Inhaber von Aktien der privaten Handels- und Industriebanken diese an englische Agenten gegen Anweisungen auf London verkaufen, um ihr Kapital aus der Anarchie in Sicherheit zu bringen, wodurch sie allerdings die gesamte Industrie und den Handel Rußlands von England abhängig machen, da das ganze Wirtschaftsleben des Reiches von diesen Banken abhängt. Dadurch wird Deutschland nach Friedensschluß in Rußland wirtschaftlich durch England ausgeschaltet sein, wenn es nicht machtvoll seine Stellung nach Osten sichert, Rußland kann sich eben nicht mehr helfen.

Der frühere Minister Kuttler stellt der provisorischen Regierung gegenüber fest, daß die Erzeugung der Industrie durch das gewalttätige Einschreiten der Arbeiter, die massenhafte Entfernung der Direktoren und des technischen Personals stark zurückgegangen ist. Im Ural haben von 20 großen Bergwerken nur 4 ihre Direktoren behalten, das übrige gilt von der Ural-Industrie, von Petersburg, Moskau und dem ganzen Süden. Der Produktionsrückgang beträgt 30-40 Prozent in Petersburg 60-70 Prozent, ja stellenweise 90 Prozent. (Petersburg hat fast ausnahmslos Kriegsindustrie.) 13 Fabriken der Schwerindustrie des Donetzgebietes mit einem Grundkapital von 195 Millionen und 18 Millionen Dividende im letzten Jahre sollen ihren Arbeitern 240 Millionen Lohnverhöhung zahlen, für ganz Rußland werden 800 Millionen Wehrlohn gefordert. Die Erzeugung von 1 Zentner Kohle kostet jetzt 42 Kopfen und würde dann 1 Rubel 5 Kopfen kosten, statt der vor dem Kriege bezahlten 21 Kopfen. Die Arbeiter wissen, daß das Zusammenbrechen bedeutet, glauben aber, durch die Sozialisierung der Fabriken zu erreichen. Der Arbeitsminister

Vor einem Jahr.

21. Juni 1916. Vorträge der Armee Hindenburg bei Dubatowka und Krewino. — In Singen wird die Muffen über den Sturz zurück. — Fortschreitender Angriff der Verbündeten bei Grzi Atun.

Bekannt.

Roman von Hedda von Schmid.

(Nachdruck verboten.)
Thea aber machte bei dem Gedanken, daß sie ihrer Künstlerkarriere entzogen hatte, innerlich nichts mehr durch. „Es ist nichts weiter als eine Episode in meinem Leben gewesen.“ — dachte sie ohne Trauer, nicht einmal mit Wehmut, „ebenso wie das mit Fred Delarue. Das ganze Menschenleben besteht ja doch, im Grunde genommen, aus lauter Episoden.“ — sagte sie grübelnd hinzu, „die einen vergißt man leicht, die andern halten dauernd in der Seele.“
Noch war Freds Bild nicht in Theas Erinnerung verblaßt, aber es war doch schon ein großer Schritt zur Wiedererlangung ihrer Selbsterkenntnis, daß sie ihre Begegnungen mit ihm zu den „Episoden“ in ihrem jungen Leben zählte.
Auf ihrer Lebensbahn würde es noch so manchen Akt geben. Sie war froh, daß ihr Dasein gegenwärtig einen ersten, all ihre Kräfte anspannenden Inhalt erhalten hatte. Das alles, dem sie sich jetzt widmete, war besser als Romane spielen und vom Publikum jubelt zu werden, sagte sie sich besonders, wenn man deutlich fühlt, daß „ein hübsches Talent“ dazu nicht ausreicht, unverwundlichen Ruhmeslorbeer zu ernten.

Er sollte den geschäftlichen Betrieb auf dem Eisenmarkt dort kennen lernen. Doch sowohl Fred als auch die Baronin gaben sich in dieser Hinsicht keinen Illusionen hin — sie kannten das Lebensinstinktum des Sohnes und Bruders zu genau, um nicht zu wissen, daß Harald alles andere, nur nicht alsuol das, was in das Kaufmännische schlug, in Paris und London studieren würde.

Doch Fred sagte sich: „Mag er denn austoben, besser jetzt als später“, und die Baronin schufte im stillen: „Am besten wäre es für Harald, wenn er früh heiratete.“ Eine gute und verständige Frau würde ihn von mancher Hinsicht zur Vernunft bringen.
Fred mochte leider noch immer keine Anstalten dazu, eine Frau heimzuführen, die Baronin dachte in letzter Zeit wiederholt mit Unruhe daran, daß ihr Eingreifen damals in seine Herzensangelegenheiten vielleicht doch nicht das Rechte gewesen war. Sie hatte sich auf allerhand Umwegen nach Thea Gröning erkundigen lassen — und erfahren, daß das junge Mädchen mit seiner Mutter im Hause des Schwagers, dessen Frau noch immer krank in Davos weilt, lebte.

Vielleicht — wenn Fred jetzt zu ihr, seiner Mutter, gekommen wäre mit der Bitte: „Gib mir zu einem Bunde mit Thea Gröning deinen Segen“, vielleicht hätte sie, wenn auch nicht freudigen Zeugens aber doch ohne jeglichen Vorbehalt, Thea als Schwiegertochter begrüßt.
Friedgard Köhnstadt, obwohl einzige Tochter und dereinstige Erbin eines großen Vermögens, war noch immer unverheiratet, nicht einmal verlobt.

Wartete sie darauf, daß Fred endlich das entscheidende Wort sprechen würde? Oder wollte sie überhaupt noch nicht beiraten? Das waren Fragen, mit denen sich die Baronin Strodtmann oftmals hin und her beschäftigte. Es war gut, daß Harald nach Lübeck kam, so wurden die Beziehungen zu Köhnstadt, die sich im Laufe des letzten Jahres ein wenig gelockert hatten, wiederum aufs neue befestigt.

Mit einem Apparat, wie ihn sich wohl nur die wenigsten Volontäre gestatten können, siedete Harald endlich, nachdem er die Sommermonate hindurch mit seiner Mutter in verschiedenen Weltstädten verbracht hatte, zu seiner Erholung, wie er immer betont hatte, was seinem Bruder ein fortwährendes Rächeln entlockte, nach Lübeck über. Ein wohlgeachteter Diener, ein

Reithof eine kleine, aber mit allem Komfort der Neuzeit eingerichtete Wohnung. — alles war für den jungen Baron Strodtmann da — auch die Seelensacht Schwabe bereits am Horizont in Gestalt eines Weihnachtsangebindes der Maria.

Harald Strodtmann, dieser jugendliche Lebenskünstler, hatte bisher fast immer alles, was ihm an Rappen, Wünschen und Einfällen gekommen war, durchgehenden verstanden. Man konnte ihm ja niemals lange gram sein. Er hatte etwas in seiner Wesen, das die Leute zu ihm hinzog, was ihm die Herzen und Sympathien seiner Umgebung mühelos gewann. Seiner verschiedenen Tollen, wenn auch an sich immer harmloser, Streiche wegen hätte er das Gymnasium schon längst vor Erlangung der Einjährigereife verlassen müssen, wenn man nicht immer und immer wieder Rücksicht mit ihm geübt hätte. Er konnte sein Unrecht so treuherzig eingestehen und mit den guten Vorfällen, sich zu bessern, war es ihm auch jedesmal ernst gewesen.

Doch hatte er diese guten Vorsätze nachher immer in den Wind geschlagen.
Von den Ermahnungen seines Bruders und den liebevollen Befürsorgnissen seiner Mutter begleitet, reiste Harald an einem sonnigen Frühherbsttag nach Lübeck ab, entschlossen, aus der Not eine Tugend zu machen und sich jedenfalls für die nicht zu umgehenden, öden Kontorstunden anderwärts schadlos zu halten.

Das Leben war doch so kurz — man mußte es auskosten. Harald sah nicht ein warum er bei seinem großen Vermögen, das sich dereinst nach dem Tode seiner Mutter noch verdoppeln würde, arbeiten mußte wie zum Beispiel irgendein Anageflehter in dem riesigen Delarue'schen Geschäft, dessen unzählige Fäden sein Bruder mit einer erstaunlichen Sicherheit in Händen hielt. Er gönnte diese Alleinherrschaft Fred von ganzer Seele. Ihm wäre nichts willkommener gewesen, als wenn man ihn in allen Dingen, die das Geschäft betrafen, ganz aus dem Spiel lassen wollte.

Seine noblen Passionen: der Segel- und Ruder-, Tennis- und Reithof, nahmen seine Zeit doch vollaus in Anspruch. In England hatte er sich so wundervoll trainiert. Nur zu gern wäre er länger dort geblieben. Doch er mußte nun in die alte Hansestadt, in der, wie er fürchtete, gewiß noch so mancher alte Kopf herrschte, der sich mit seinen eigenen, modernen Anschauungen nicht befreug.

(Fortsetzung folgt.)

Stobekow weist darauf hin, daß die Bedrängten auf jeden Gewinn verzichten müssen, wobei der Staat nicht nur auf die Dividende des laufenden Jahres, sondern auch auf die der früheren Jahre achten müsse. Ebenso sprachen die Minister Peretti und Tschernow sich für die allerenergischsten Maßnahmen aus, um die bisher verteilten Dividenden der Staatskasse zuzuführen. Sie erklärten schließlich, daß zur Regelung der Industrie die Beendigung des Krieges notwendig sei. (Retsch, 25. Mai.) Mit anderen Worten: Rußland kann nicht mehr Krieg führen. Der Ruin der landwirtschaftlichen Großbetriebe ist durch die grauenvollen Bauernrevolten und Agrarunruhen vollständig geworden. Das einzige bisher von ihnen verschont gebliebene Gebiet, Zentralasien, Turkestan, ist in der Diktatorkatzenpaw dieses Jahres ruiniert worden; das vorhandene Wasser hat kaum zur Bewässerung eines Viertels der Feldflächen genügt; Gras ist gar nicht gewachsen; die großen Herden der Nomaden sind dem Untergang geweiht; die reiche Weizenfaat ist völlig verloren. (Notwoje Wrenjo, 25. Mai.) Aus allen Teilen des Reiches treffen Nachrichten ein, daß die Anarchie herrscht, daß die Felder gar nicht oder schlecht bestellt sind, daß die Wälder brennen, und die Bauern sich weigern, sie zu löschen. Am 27. Mai erklärte der allrussische Bauernkongreß in seiner Resolution: „Die Kräfte des Landes sinken. Die Pferde und das Vieh sind requiriert, landwirtschaftliche Maschinen fehlen usw.“ — kurz, volle Not- und Verflorung! Am selben Tage sagte der sozialistische Verpflegungsminister Beschegonow auf einem Meeting: „Der Abgrund, vor dem wir uns befinden, ist näher, als wir erwarteten. Die größte Gefahr droht uns von der Verpflegungsfrage, die Aufgaben sind unter den gegenwärtigen Bedingungen fast unlösbar. Wir stehen vor der Katastrophe!“ Und der Arbeitsminister Stobekow erklärte ebendort: „Der Hungertod der Revolution ist vorüber, das revolutionäre Rußland steht vor dem Abgrund, selbst wenn wir alle Opfer auf uns nehmen, ist das Land dennoch nicht gerettet. Wenn unsere Verbündeten uns nicht beizugehen verstehen, werden wir in den Abgrund stürzen.“ (Retsch, 29. Mai.)

Der Minister des Aeußern über die Lage.
W.B. Petersburg, 21. Juni. Wie die Petzb. Tel. Ag. meldet, hatte der Minister des Aeußern eine Besprechung mit Vertretern der Presse, in der er u. a. erklärte, die Alliierten würden voll die Arbeit der vorläufigen Regierung zur Wiederherstellung der Schlagfertigkeit des russischen Heeres namentlich die Bemühungen des Kriegsministers Kerenski zur Reorganisation des Heeres auf neuen demokratischen Grundlagen. Was die wichtige Frage der Teilnahme der Vereinigten Staaten am Krieg betreffe, so sei die nordamerikanische Republik keinerlei Vertrag mit den Alliierten eingegangen. Die Besprechungen mit Senator Root und der amerikanischen Abordnungen fanden in voller Offenheit statt. Um den amerikanischen Freunden die Möglichkeit zu geben, volle Kenntnis von dem Stand der Dinge in Rußland zu gewinnen, habe sich eine militärische Abordnung von Amerikanern bereits an die Front begeben, während andere Mitglieder der Abordnung verschiedene Zentren Rußlands besuchten, um die innere Lage kennen zu lernen. Später würde über die Zusammenarbeit beraten werden. Es sei nicht verhehrt worden, einen Druck auf Rußland auszuüben. Alle Gerüchte über ein Abkommen zu diesem Zweck z. B. mit Japan seien falsch. Ueber die Einberufung einer Konferenz der Alliierten sagte der Minister, diese sei noch in Vorbereitung begriffen. Die vorläufige Regierung habe auf die Erklärung Englands über seine Bereitwilligkeit zur Nachprüfung der Verträge und auf die entsprechende Erklärung Frankreichs geantwortet.

Kongreß der Deutschrussen.
Basel, 20. Juni. Die „Basler Nachrichten“ berichten: In Delfa wurde der erste allrussische Kongreß der russischen Staatsbürger deutscher Nationalität abgehalten. 15 000 Teilnehmer aus Sibirien, dem Ural, dem Wolgagebiet und anderen Gegenden des Reiches waren anwesend. Unter den Teilnehmern bemerkte man zahlreiche Pastoren, deutsche Abgeordnete und Soldaten. Im ganzen repräsentierte der Kongreß mehr als 3 Millionen Deutschrussen. Der Präsident des Organisationsausschusses Reichert wies bei Eröffnung des Kongresses darauf hin, daß die gestern noch verwehrenden Deutschrussen heute dazu berufen seien, als vollberechtigte Bürger an dem Aufbau eines neuen Rußlands mitzuwirken, was sie der russischen Revolutionsarmee und dem russischen Volke zu verdanken haben. Sowohl die Begrüßungsansprache als auch die Diskussion wurde in deutscher Sprache geführt. Der Kongreß nahm eine Resolution an, worin die Deutschrussen aufgefordert werden, der provisorischen Regierung zu gehorchen und sie zu unterstützen. An die Regierung und an die russischen sozialistischen Organisationen wurden Eucharistiefundgebungen übermitteln.

Gegen Kerenski.
P. Stodholm, 20. Juni. („Frankf. Ztg.“) Die Sozialrevolutionären schlossen Kerenski in Petersburg am 15. Juni aus dem Verband ihrer Partei aus mit deren Programm sein Auftreten an der Front nicht übereinstimme. Auf der allgemeinen ukrainischen Bauernversammlung in Kiew kam es ebenfalls zu einer scharfen gegen Kerenski gerichteten Kundgebung, da dieser die Bekämpfung des ukrainischen Soldatenkongresses verboten hatte. Die Konferenz erklärte das Verbot für eine Verletzung der von der neuen Regierung verkündeten Versammlungsfreiheit. Kerenski bestätigte die Sokungen des Frauenvereins zur Bildung eines bereits aus 300 Frauen bestehenden sogenannten Todesbataillons, das sofort im Gebrauch der Waffen ausgebildet und an die Front geschickt werden soll. Raut „Ruffische Elono“ gingen die Arbeiter in Reval und Riga vollständig in das Lager Lenins über, dem sich auch der Rest der lettischen Schützenbataillone angeschlossen habe. Die lettischen Blätter sind darüber angeblich sehr beunruhigt und fordern auf, die Sammlungen zugunsten der lettischen Schützen einzustellen.

Verhaftete Anarchisten.
W.B. Petersburg, 20. Juni. (Reuter.) Truppen sind in die Geschäftsräume des Mattes „Kuhaja Wolka“ eingedrungen und haben die Anarchisten gefangen genommen, die sich der Zeitung gewaltsam bemächtigt hatten.

Die feindlichen Heeresberichte.
W.B. London, 21. Juni. Antlicher Bericht vom 19. abends. Unsere Truppen gewannen tagsüber etwas Boden südlich des Cojeul-Passes und nördlich des Soudschafusses, wo wir 35 Gefangene machten. Ueber der schon genannten Werte wurden stich von Messines bei dem jüngsten Vorstoß dort Feldgeschütze erbeutet. In der Nacht zum 15. Juni sind 6 deutsche Flugzeuge in Luftkämpfen heruntergeholt worden, 3 der unferigen werden vernichtet. Bomben sind auf feindliche Lager abgeworfen worden und haben eine Explosion hervorgerufen. W.B. Antlicher Bericht aus Mazedonien vom 19. Juni. Infolge des Anfangs der Jahreszeit der Malaria sind unsere Truppen häufig der Stryma zurückgezogen worden.

Der Schweizer Zwischenfall.

Der Schweizer Zwischenfall Hoffmann-Grimm scheint sich zu einer politischen Affäre großen Stils auszuweiten zu wollen. In Genf ist es bereits zu ersten Kundgebungen gegen die Mittelmächte gekommen, die wieder ein scharfes Licht auf die wirkliche Stimmung in der französischen Schweiz werfen. Anlaß zu diesen Ausschreitungen gab die durch nichts begründete Vermutung, Bundesrat Hoffmann habe den Schritt in Petersburg im Auftrag der deutschen Regierung und lediglich zu ihren Gunsten unternommen. Das ist nun natürlich nicht der Fall. Aus dem Schreiben, mit dem Bundesrat Hoffmann seinen Rücktritt begründet hat, geht unzweifelhaft hervor, daß er ganz aus eigener Entschiedenheit und Verantwortung heraus gehandelt hat. Er wollte lediglich dem allgemeinen Friedensgedanken dienen. Eine Auseinandersetzung der Entente lag ihm vollkommen fern. Diesen Erklärungen des Schweizer Bundesrates, der eine unantastbare und unantastbare politische Persönlichkeit ist, muß man unbedingt Glauben schenken.

So gut die Absichten auch waren, die Bundesrat Hoffmann bei seinem Friedensbemühungsversuch geleitet haben, um so bedenklicher werden die Folgen für den Weltfrieden, wie für sein Heimatland sein. Die Ententepresse wird die Telegramm-Erklärungen dazu benutzen, in der ganzen Welt maßlos gegen uns zu hetzen, und besonders in Rußland die Stimmungen gegen einen Sonderfrieden aufzuwecken. Den Friedensvorschlag des Schweizer wird man natürlich der deutschen Regierung in die Schuhe schieben und wird ihn zugleich als ein unverkennbares Zeichen für die wachsende Schwäche Deutschlands ausbeuten. Aber auch gegen die Schweiz wird die Hetze mit aller Macht losbrechen. Die strenge Neutralität der eigenständigen Regierung, die in Deutschland stets rühmlichste Anerkennung fand, wor der Entente schon lange ein Dorn im Auge und man hat schon lange versucht, durch einen immer stärkeren Druck in der Lebensmittelfrage diese strikte Neutralität in eine entente-freundliche umzuwandeln. Nun wird man, unter Benutzung des Falles Hoffmann, die Fingel noch straffer anziehen.

Auf welchen unsauberen Wegen das Telegramm Hoffmanns an Grimm in die Hände Brantings und damit in die Öffentlichkeit geraten ist, ist zur Stunde noch nicht bekannt, und wird auch kaum ganz aufgeklärt werden. Soviel scheint auf jeden Fall sicher zu sein, daß auch hier das englische Vorkriegspersonal von Petersburg die Hand im Spiele hatte. Ueber diese Vorkriegsleute, die den Schlüssel zum Telegramm in Händen hatten, scheint die Instruktion an Grimm den Weg in das Redaktionsbureau Brantings gefunden zu haben. Dieser Herr, der gerade jetzt als Hauptleiter der Stockholmer Konferenz in aller Munde war, spielt in dieser weltlichen Geschichte die traurigste Rolle. Als Politiker mußte er wissen, daß er mit der Veröffentlichung der Depesche nicht dem Friedensgedanken, sondern lediglich der Kriegshetze diene. Wir haben schon lange der Außerachtlichkeit dieses angeblich neutralen Sozialisten sehr skeptisch gegenübergestanden und unsere Vermutung, daß Branting ein Agent der Entente sei, scheint sich nun als zu wahr zu erweisen. Man darf darauf gespannt sein, wie die deutschen Sozialdemokraten sich dieser sehr anstößigen Persönlichkeit gegenüber in Zukunft verhalten werden.

Ueber den Zwischenfall liegen noch folgende Drahtmeldungen vor:

Eine Erklärung G. s. s. s.
O. Berlin, 21. Juni. Raut „Vorwärts“ traf in Kopenhagen der schweizerische Nationalrat Grimm aus Petersburg ein und teilte mit, daß er am heutigen Donnerstag eine Erklärung über seine Mission in Rußland veröffentlicht werde.

Wie der „Vorwärts“ noch schreibt, hat die deutsche Sozialdemokratie mit dem Fall Hoffmann-Grimm und allem was damit zusammenhängt, nicht das Allergeringste zu tun.

Zum Rücktritt Hoffmanns.
O. Berlin, 21. Juni. Aus Genf wird dem „Berl. Tagebl.“ mitgeteilt: Ueber die Frage der Nachfolge von Bundesrat Hoffmann ist noch nichts Offizielles bekannt. Nationalrat und Ständerat werden in 8 Tagen zur Wahl des neuen Bundesrats schreiten.

Deutsch-feindliche Kundgebungen in Genf.

Br. Berlin, 20. Juni. Genf war gestern abend der Schauplatz schwerer deutsch-feindlicher Ausschreitungen. Das Schild des deutschen Konsulates wurde von den Demonstranten, die nach einer Protestversammlung gegen den Fall Hoffmann-Grimm vor das deutsche Konsulat zogen, teilweise heruntergerissen und Fensterscheiben wurden eingeschlagen. Die Menge demonstrierte eine Stunde lang unter Lärmen, Schmähsrufen und Absingen der Marschlied vor dem Konsulat. Auch gegen das türkische und ungarische Konsulat, gegen deutsche Hotels und Restaurants fanden, einer Genfer Meldung der „Böf. Ztg.“ zufolge, Kundgebungen statt. Es kam zu Zusammenstößen mit der Polizei. 14 Personen wurden verhaftet.

Ueber die deutschfeindlichen Kundgebungen meldet ein Telegramm der Schweizer Depeschen-Agentur noch folgendes:

W.B. Bern, 20. Juni. Am Dienstag abend beschloß eine Volksversammlung in Genf von ungefähr 15 000 Personen eine Versammlung des Bundesrats zu verlangen, um Kommissäre einzusetzen, welche die Verantwortlichkeiten in der Angelegenheit Hoffmann festsetzen sollen. Die Versammlung verlief sehr ruhig. Gestern nacht jedoch begaben sich Gruppen von Kundgebungen vor das deutsche Konsulat und versuchten das Konsulatschild herunterzureißen. Die Polizei schritt aber ein und nahm das Schild herunter, das auf dem Polizeiposten in Sicherheit gebracht wurde. Die Kundgebungen gingen vor das österreich.-ung. Konsulat, wo Fenster eingeworfen wurden. Polizisten und Agenten kamen in Kraftwagen an und zerstreuten rasch die Menge in der Umgebung des Konsulats. Mehrere Verhaftungen wurden vorgenommen. Andere Kundgebungen fanden vor dem türkischen Konsulat statt. Die Gendarmen zogen blank, luden die Waffen und schossen einige blinde Schüsse ab. Mehrere Polizisten und Kundgebende sind leicht verwundet. 13 Personen im Alter von 16 bis 18 Jahren wurden verhaftet.

Die Meinung der deutschen Presse.

(1) Berlin, 21. Juni. Der „Berliner Lokalanzeiger“ meint zu der ganzen Angelegenheit: Wir würden es als Erleichterung begrüßen, wenn die deutsche Reichsregierung nunmehr zu der Ueberzeugung kommen würde, daß sie bei der Behandlung, die dem Unterhändler des Herrn Hoffmann in Petersburg zuteil geworden ist, abwarten muß, bis das Ministerium Anwo, Tereffchenko, Kerenski seinerseits direkte oder indirekte Friedensvorschläge macht, bevor sie noch einmal erklärt oder erklären läßt, was sie Rußland gegenüber zu tun oder zu lassen beabsichtigt.

Die „Tägliche Rundschau“ meint: Der Schritt des Bundesrats Hoffmann war nicht glücklich und war uns von unserem deutschen Standpunkt aus gesehen äußerst unerwünscht. Aber es gehört die ganze schamlos über die Welt sich wälzende Heuchelei der Verbandslügen dazu, ihm oder gar seinem Namen einen moralischen Strich daraus drehen zu wollen. Sollten die Verbände den Anlaß wirklich geeignet finden, etwa auch nach dem kurz entschlossenen Rücktritt Hoffmanns ihn zum Wagnis zu irgend welchem Druck auf die neutrale Schweiz zu machen, so wird niemand in der Schweiz darüber im Zweifel sein können, daß es sich dabei um eine Scheindeckung handelt für eine neue moralische Blöße, welche die Deparadepolitik Englands und seiner Geloten sich glaubt geben zu müssen.

Schweizer Pressstimmen.

(1) Berlin, 20. Juni. Die vom Bundesrat Hoffmann nach Petersburg gefandenen Versicherungen des deutschen Friedenswillens werden, wie dem „B. L.“ aus Zürich berichtet wird, in der sozialistischen Presse als die Verkörperung eines Mannes bezeichnet, dessen Ehrenhaftigkeit keinem Zweifel unterstellt werden darf. Da nun Hoffmanns Unternehmung von der Entente als ein Versuch angesehen wird, die Einigkeit der Entente zu sprengen, so läßt die kleine Schweiz auf diesem mit dieser Stimmung bei den Alliierten zu rechnen. Das ist die Meinung des sozialistischen Züricher „Volksrechts“, das aber den für die Entente arbeitenden schweizerischen Sozialisten Branting auf das Schärfste verurteilt; denn Branting habe durch seine Veröffentlichung der Hoffmannschen Depesche allen hoffnungsvollen Friedensbewegungen entgegengehandelt. Das sei eines Sozialisten nicht würdig.

Griechenland im Joche der Entente.

Nachdem die völlig brutale Vergewaltigung Griechenlands dem unterdrückten, von der Außenwelt abgegrenzten, unglücklichen griechischen Volke jede Möglichkeit nimmt, seine eigene Meinung, ins Ausland gelangen zu lassen, jetzt die Entente mit einem neuen Pressfeldzug über Griechenland ein. Nach den englischen und französischen Funkprüchen erscheinen die Ententeuppen als Befreier (1) Griechenlands, das der Rückkehr Beniselos begünstigt zuzubeh. Man sieht jedoch nicht recht ein, von wem das griechische Volk eigentlich befreit sein soll. Handelte es sich nur um einige deutsche Agenten, so brauchte man dazu doch nicht 75 000 Mann aufzubieten, die der Entente im Westen bitter nötig wären. So schreibt „Neues von den Dag“ in der Abendausgabe vom 19. Juni über die Proklamationen Jonnorkis, in der Griechenland eine neue Zeit des Friedens und der Arbeit angeündigt wird. Jonnorkis versichert gleichzeitig, daß die Entente Griechenland die allgemeine Mobilisation nicht auferlegen werde, aber man weiß ganz gut, daß die Entente noch andere Mittel kennt, um ein Volk zum Krieg zu zwingen. Sobald Beniselos zurückkommt heißt es vielleicht, daß Griechenland selbst um die Teilnahme am Kriege nachsucht.

General Populas und die neue Regierung.
(1) Athen, 19. Juni. (Reuter.) Vom Peloponnes kommt die vorläufige noch unbestätigte Nachricht, daß sich General Populas weigerte, die neue Regierung anzuerkennen und an die Errichtung einer eigenen Regierung für den Peloponnes denkt.

Die Beniselisten an der Arbeit.
W.B. Athen, 20. Juni. (Reuter.) Die Verhandlungen zwischen Zaimis und dem Beniselistenführer Republikus wegen Aufnahme eines oder zweier Beniselisten in das Kabinett haben begonnen. Die übrigen Minister haben sich verpflichtet, jedes von Zaimis getroffene Abkommen anzunehmen.

Kundgebungen gegen den Griechenkönig in der italienischen Schweiz.

W.B. Bern, 20. Juni. Gestern fanden in Lugano Kundgebungen gegen den König von Griechenland statt, wobei es zu Tätlichkeiten gegen den König gekommen zu sein scheint. Der König mußte in ein Café flüchten und wurde von dort durch den Präjekten der Stadt unter Bedeckung von Soldaten und Polizeibeamten in das Palacchotel begleitet. Infolge der Unruhen ist ein Italiener verhaftet worden. Eine Untersuchung ist im Gange.

O. Berlin, 21. Juni. Zu den Kundgebungen gegen König Konstantin in Lugano wird der „Böf. Ztg.“ unter dem 20. Juni gemeldet: Heute abend während eines Konzerts an der Piazza-Neforma hatten einige Burschen von Tischen vor dem Restaurant Gambrius den König in Begleitung zweier Herren erkannt. Plötzlich verbreitete sich unter dem zahlreichen Publikum die Nachricht von der Anwesenheit des Königs, der sich bald von einer Menschenmenge umringt sah. Der König wollte sich eilends nach dem Palacchotel begeben, doch die vielhundertköpfige Menge begleitete ihn johlend, schimpfend und pfeifend. — Wie der „B. L.“ mitteilt, traf auf telephonischen Anruf der Militärkommandant von Lugano, Oberleutnant Waag, mit lobenswerter Schnelligkeit ein und befreite den König. Vor dem Hotel setzte die Menge das Pfeifen fort. Am 10 Uhr abends war die Ruhe wieder hergestellt. Um diese Zeit traf Oberst Andeonidi im Hotel ein, um dem König sein Bedauern über das Vorkommnis auszusprechen. Ein Militärwache wurde ins Hotel gelegt. Im „B. L.“ heißt es noch: Die Operationswunde, die dem König nach seiner Enttarnung an Brustfellentzündung gelitten war, ist noch immer offen. Die Ärzte haben dem König ein Bergklima von über 1000 Metern über dem Meer angeraten.

Kriegskosten und Kriegsschulden.

In jedem der drei Kriegsjahre hat die Unübersichtlichkeit der Kriegskosten ihren Studenten ein Heft mit Aufträgen der Professoren als Hausaufgabe gegeben. Das Heft enthält die Berechnung der Kriegskosten über das ab, was nach Montecuculi und seinen Vorgängern im Krieg das erste, zweite und dritte Erfordernis ist oder genannt: über die Kriegsausgaben und die Mittel zu ihrer Deckung. Der großen Menge der hier sorgfältig zusammengeordneten Zahlenangaben seien die folgenden entnommen:

Deutschland hat die Kosten aus eigener Kraft aufgebracht. Die Höhe der bisher bewilligten Kredite beträgt 79 Milliarden Mark, die wirklich gemachten Ausgaben belaufen sich etwa auf 60 Milliarden. In welchem schnellen Fortschritt der Krieg teurer und teurer wird, beweist die Zusammenstellung, daß er die Deutschen bis zum April 1915 monatlich 867, täglich 28,9, im August desselben Jahres aber monatlich 2000, täglich 64 Millionen gekostet hat, aber seit Mitte 1916 monatlich auf 1 1/2 Milliarden, täglich auf über 70 Millionen anwuchs. Unser Bundesgenosse Oesterreich-Ungarn dürfte bisher etwas mehr als die Hälfte des deutschen Kriegsbudgets verausgabt haben.

Auf der feindlichen Seite steht England oben an; sein Kriegsaufwand übersteigt schon 70 Milliarden Mark. Kostete der Krieg bis zum März 1915 täglich 2 Millionen Pfund Sterling, so hat sich dieser Betrag bis Ende August verdoppelt und ist zur Zeit bis auf 5,7 Millionen = 116 Millionen Mark (gegenüber den 70 Millionen Deutschlands) angewachsen. Frankreichs eigentliche Kriegskosten haben sich bis Ende Dezember 1916 auf 44 Milliarden Mark belaufen, die monatlichen Kosten waren bis zum März 1916 auf 2400 Millionen, später sogar noch etwas höher gestiegen, während sich in Russlands Ausgaben für den Krieg auf etwa über 60 Milliarden belaufen dürften. Italien hat anfangs monatlich nur 450 Millionen gebraucht, doch hat sich dieser Betrag heute auf über 1200 Millionen gehöhert; seine Gesamtkosten sind mit 1 1/2 Milliarden anzunehmen.

Auf unserer Seite müssen wir nun noch die Kosten der Türkei mit 1/2, die Bulgariens mit 2 1/2 Milliarden annehmen, auf Feindesseite die Serbiens, Rumaniens, Montenegros mit drei Milliarden. Ende 1916 betrug der Kriegsaufwand 290 Milliarden Mark, von denen wir und unsere Verbündeten ein Drittel, unsere Gegner zwei Drittel zu decken haben.

Wir wollen diese kleine Auswahl von statistischen Angaben, um die Bedeutung der 290 Milliarden zu veranschaulichen, mit einem Vergleich abschließen, der die Gesamtkriegskosten dem französischen Volksvermögen gegenüberstellt. Die Schätzung, die dieses Vermögen an beweglichen und unbeweglichen Werten vor dem Kriege erfahren hat, ist verschiedentlich gewesen; die geringste Schätzung lautete auf 210, die höchste auf 285 Milliarden, d. h. 2 1/2 Jahre Weltkrieg haben mehr als Frankreichs gesamtes Volksvermögen aufgeschreckt. (Zent. V.)

Die Sozialisten-Konferenz in Stockholm.

Stockholm, 21. Juni. Sozialdemokraten melden aus Stockholm: Die drei amerikanischen Abgeordneten Goldfarb, Meisner und Davidson erschienen gestern in der Sitzung des sozialistischen Komitees. Sie haben, nachdem die amerikanische Regierung die Pässe verweigert hatte, unter dem Namen der Sozialistischen Partei von Amerika, der größten der beiden amerikanischen Sozialistpartei mit sich, Meisner erklärte gegenüber einem Mitarbeiter von „Politik“, daß die Sozialisten Amerikas die Kriegserklärung Wilsons verurteilt hätten. Amerika sei zurzeit von Morgan und Wall Street regiert. Die Tochter Wilsons habe in diese Richtung gehandelt. Wilson habe sich immer mehr von den Interessen der Kapitalisten leiten lassen. Eine Zeitung habe man auch behauptet, daß England und Deutschland einen Sonderfrieden abschließen und Amerika die bei den Alliierten als Waffenlieferant angelegten Kapitalien verlieren würde, wenn Deutschland Sieger bliebe. Diese Kapitalisten sorgen hätten schließlich auf Wilson einen derartigen Druck ausgeübt, daß er das Land in den Krieg gestürzt habe. Die amerikanischen Sozialisten seien neutral. Sie wünschten einen Frieden ohne Sieger, aber namentlich einen Frieden, der für das internationale Proletariat von Nutzen sei.

Eine neue Sozialistenkonferenz.

Budapest, 21. Juni. Das Organ der ungarischen Sozialistenpartei „Közszó“ veröffentlicht den Wortlaut der telegraphischen Einladung zur Sozialistenkonferenz, der gestern dem Parteisekretariat aus Petersburg über Stockholm zugegangen ist. Das Telegramm lautet: Im Auftrag des Petersburger Arbeiter- und Soldatenrats teile ich mit, daß der Rat in seiner Sitzung vom 20. Juni den Beschluß gefaßt hat, vom 28. Juni bis zum 8. Juli eine allgemeine internationale Sozialistenkonferenz einzuberufen mit Stockholm als Vorort.

Eine belgische Mission in Amerika.

Washington, 20. Juni. (Reuter.) Gestern begleitete Lansing die belgische Mission zum Weißen Haus, wo ihr Führer Monsieur Wilson ein persönliches Schreiben König Alberts überreichte und die Dankbarkeit Belgiens für die von den Vereinigten Staaten geleistete Hilfe zum Ausdruck brachte. In seiner Antwort sagte Wilson: Das Werk, an dem die Amerikaner beteiligt sind, hat ihnen ebenso wie der unglücklichen Zivilbevölkerung Belgiens Gutes gebracht. Das amerikanische Volk ist froh gewesen, den Ruhm und das unwandelbare Selbstvertrauen des belgischen Volkes und seines Herrschers zu verstehen. Es gibt nicht einen unter uns, der heute nicht die Gelegenheit willkommen hieße, Ihnen unser von Herzen kommendes Mitgefühl und unsere Freundschaft auszusprechen und unserer freundschaftlichen Entschlossenheit Ausdruck zu verleihen, daß Belgien an dem unabweislichen Tage des Sieges den Frieden erhalten soll, den es rechtmäßig unter den sich schenkenden und geachteten Nationen der Welt gewonnen hat.

Aus dem Großherzogtum.

Mannheim, 21. Juni. Von heute ab werden hier Kirchengüter nur noch nach Marken verkauft. Heidelberg, 21. Juni. Vom Königsstuhlturn hat sich eine 90-jährige Frau, deren Persönlichkeit noch nicht bekannt ist, abgestürzt. Durch den 26 Meter hohen Abstieg trat der Tod sofort ein. Freiburg, 21. Juni. Im Alter von 62 Jahren ist hier Oberlehrer Wilhelm Kling gestorben. Im Jahre 1873 war er in den kadiischen Schuldienst eingetreten, wirkte an verschiedenen Orten und war 25 Jahre an der Schulabteilung Freiburg-Fähringen tätig. Freiburg, 21. Juni. Der ordentliche Professor des deutschen Rechts, einschließlich des Handelsrechts, des deutschen bürgerlichen Rechts und des Kirchenrechts, Dr. Alfred Schulte hier, hat einen ehrenvollen Ruf an die Universität Leipzig (an Stelle des Professors Dr. Sohm) erhalten. St. Trübspr. bei Staufen, 21. Juni. Bei einem Gewitter schlug der Blitz in den Hof des Fabian Riesters auf dem Hügel und zündete. Das alte Holzhaus brannte vollständig nieder. Der Viehbestand konnte gerettet werden.

Aus der Residenz.

Karlsruhe, den 21. Juni 1917.

Oberamtmann Alexander Schöble, der mehrere Jahre hier als Polizeidirektor tätig war und kurz vor Ausbruch des Krieges als Amtsvorstand nach Donaueschingen kam, ist vom Kaiser zum Verwaltungsgeschäft für das blämische Verwaltungsgebiet in Belgien mit dem Sitz in Brüssel ernannt worden. Zugleich ist Herr Schöble für die Dauer seiner Tätigkeit der Rang der Räte erster Klasse verliehen worden. Herr Schöble, der im 47. Lebensjahr steht, stammt aus Freiburg.

Wibbelstas In letzter Zeit sind mehrfach Personen dabei betreten worden, als sie Quarzkäse (Wibbelstas) auf dem Lande aufkauften. Die Personen gingen meist von der falschen Voraussetzung aus, daß diese Art von Käse dem freien Verkehr überlassen sei. Quarzkäse ist ein Milchprodukt im Sinne der Verordnung Groß. Ministeriums des Innern vom 20. November 1916, Verforgung mit Milch und Fett betr. und darf nur an die von den Kommunalverbänden bezeichneten Stellen in gleicher Weise wie die Milch abgeliefert werden.

Unfall. In einer Fabrik in Mühlburg kam am Dienstag nachmittag ein 16 Jahre alter Tagelöhner aus Daxlanden mit dem rechten Mittelfinger in eine laufende Bohrmaschine, wobei ihm der Finger abgerissen wurde. Der Verletzte fand Aufnahme im städt. Krankenhaus.

Streit. In einer Wirtschaft der Kronenstraße zogen sich gestern abend im Verlauf eines Streites eine Kellnerin und die Ehefrau eines Tagelöhners an den Haaren herum und schlugen sich gegenseitig ins Gesicht. Der Ehemann der letzteren kam seiner Frau zu Hilfe, folgte die Kellnerin am Hals und würgte sie so lange, bis sie bewußtlos wurde, sie erholte sich jedoch bald wieder.

Festgenommen wurden: ein Hausbuche aus Singen, der seinem Arbeitgeber Wein, Schnaps usw. entwendete, sowie eine Dienstmagd aus Altdorf wegen Diebstahls.

Letzte Drahtberichte.

Berlin, 21. Juni. Das stellvertretende Generalkommando in Stettin macht laut „Berliner Lokalanzeiger“ bekannt, daß Kinder bis zu 14 Jahren sich von 7 Uhr abends ab nicht mehr auf öffentlichen Straßen und Plätzen aufhalten dürfen. Bei Uebertretung des Verbots werden die Festgenommenen. Die Polizeistunde für Stettin wurde auf 10 Uhr abends festgesetzt.

Wien, 21. Juni. Der Kaiser und die Kaiserin empfangen gestern den bulgarischen Ministerpräsidenten in besonderer Audienz. Der Kaiser verlieh dem Ministerpräsidenten das Großkreuz des Leopoldordens mit Brillanten.

Kriegsauszeichnungen.

Berlin, 20. Juni. Wie der „Reichsanzeiger“ meldet, ist dem General der Inf. von der Armee von Pilsow der Orden Pour le Mérite, dem General der Infanterie von der Armee von Deimling das Großkreuz des Orden Albrechts mit Schwertern verliehen worden.

Fliegerleutnant von Trotha.

Berlin, 20. Juni. Heute nachmittag 5 Uhr fand im Großen Hauptquartier eine Trauerfeier und daran anschließend die Beerdigung der Leiche des bei einem Flug in der Nähe des Großen Hauptquartiers tödlich abgestürzten Oberleutnants von Trotha statt. In der Feier in der Kirche des Divisionsfriedhofes nahm der Kaiser mit Gefolge teil. Anwesend waren ferner Generalleutnant von Hindenburg, der kommandierende General der Luftstreitkräfte, sowie eine große Anzahl von Offizieren des Großen Hauptquartiers. Nach vollzogener Einsegnung wurde der Sarg auf einer Laube unter militärischen Ehren auf den Bahnhof überführt. Die Beisetzung des Verstorbenen findet in seiner Heimat auf dem väterlichen Gute Stöpa bei Bielefeld statt.

Erzherzog Maximilian Verlobung.

Wien, 20. Juni. (Meldung des Wiener f. f. Correspondenzbureau.) Mit Genehmigung des Kaisers hat sich Erzherzog Maximilian mit der nach ihrer Abstammung die Rechte der Mitglieder der vormals reichstädtischen Häupter genießenden zweiten Tochter des ersten Obersthofmeisters Prinzessin Konrad von Hohenzollern-Schillingfürst, der Prinzessin Franziska verlobt. Erzherzog Maximilian ist der Bruder des Kaisers Karl. Er steht im 22. Lebensjahr. Die Braut, Prinzessin Franziska, die im 20. Lebensjahr steht, ist die jüngste Tochter des Prinzen Konrad von Hohenzollern und seiner Gemahlin Franziska Gräfin von Schönborn-Buchheim.

Der erste polnische Ministerpräsident.

Wien, 20. Juni. Wie die „Kölnische Zeitung“ berichtet, ist nach einer Lemberger Meldung zum Ministerpräsidenten des Königreichs Polen Fürst Lubomirski ernannt, falls dieser die Kandidatur ablehnen sollte, der frühere österreichisch-ungarische Botschafter in Washington, Graf Tarnowski, in Aussicht genommen. Tarnowski hat sich bereits in Warschau auf und beteiligt sich am politischen Leben.

Der Rotterdammer Hafenstreik.

Berlin, 20. Juni. Die „B. Z. am Mittag“ meldet aus Amsterdam: Der Hafenarbeiterstreik in Rotterdam hat eine weitere Ausdehnung angenommen. Die Streikenden haben die Vermittlung der Regierung angefordert.

Das Frauenstimmrecht in England.

London, 20. Juni. (Unterhaus.) Bei der Besprechung der Wahlreformvorlage nahm das Haus mit 325 gegen 55 Stimmen den Grundgedanken des Frauenstimmrechts an.

Amerika leiht Geld.

Washington, 20. Juni. (Reuter.) Das Schatzamt hat England weitere 35 Millionen Dollars geliehen.

König Nikita ernsthaft erkrankt.

Berlin, 20. Juni. Die „Wiener Allgemeine Zeitung“ berichtet: Nach zweifachen Meldungen ist der Gesundheitszustand des Königs Nikita von Montenegro ernsthaft gefährdet. Der König leidet, wie der „L.A.“ aus Wien erfährt, an großer Nervosität und Arterienverengung. Auf Anordnung der Ärzte begann er sich nach Vrieh.

Die Unruhen in Spanien.

Berlin, 21. Juni. Zur Unterdrückung der spanischen Unruhen lassen sich verschiedene Mogenblätter melden, daß die beschränkte revolutionäre Bewegung in Spanien überwunden sei. Das Land wolle keine Revolution.

Die neue belgische Verwaltung.

Berlin, 20. Juni. Nachdem durch die Verordnung des Generalgouverneurs in Belgien vom 21. März 1917 Belgien in zwei Verwaltungsgebiete, das flämische und das wallonische zerlegt worden ist, von denen das erstere die Provinzen Antwerpen, Limburg, Ost- und Westflandern, sowie die Kreise Brüssel und Lüttich bilden, das wallonische die Provinzen Hennegau, Lüttich, Luxemburg und Namur, sowie den Kreis Nivelles umfaßt, ist durch allerhöchste Ordre vom 14.

Juni 1917 der großherzoglich badische Oberamtmann Schöble zum Verwaltungsgeschäft für das flämische Verwaltungsgebiet mit dem Sitz in Brüssel, und der Präsident der Provinz Hennegau, königlich preussischer Landrat Ganiel zum Verwaltungsgeschäft für das wallonische Verwaltungsgebiet mit dem Sitz in Namur ernannt worden. Beiden Beamten ist für die Dauer ihrer Tätigkeit der Rang der Räte erster Klasse verliehen. Gleichzeitig ist der Geh. Finanzrat und Vortragende Rat im preussischen Finanzministerium Bochhammer zum Leiter der Finanzabteilung beim Generalgouverneur in Belgien bestellt und ihm für die Dauer dieser Tätigkeit der persönliche Rang der Räte 1. Klasse verliehen. Bei dem Generalgouverneur ist eine Zivilkassette eingesetzt und zu deren Leiter der Ober. königl. preussische Landrat Freiherr von Wilmsdorff in Merseburg berufen worden. Der für das Gesamtgebiet des Generalgouvernements Belgien bestimmte Verwaltungsgeschäftszweig von Sandt wird bis zur völligen Durchführung der Verwaltungsstrennung auf dem von ihm seit Anfang September 1914 begleiteten Posten verbleiben.

Die österreichische Ministerkrise.

Wien, 20. Juni. (Wiener f. f. Tel.-Corr.-Bureau.) Der gestrige Tag war ausgefüllt durch Verhandlungen des Ministerpräsidenten Grafen Clam-Martinich mit den Parteiführern, sowie durch Beratungen der Parteiführer unter einander wie in parlamentarischen Kreisen verläuft, geht das Streben des Ministerpräsidenten dahin, eine polnisch-deutsche Mehrheit zu bilden, unter Aufnahme von Vertretern der Polen, Tschechen, Südslaven und Ruthenen als Landsmannsminister, um dem Kabinett einen dauernden Charakter zu sichern. Das Programm dieses Kabinetts würde die Erledigung des vorläufigen Staatshaushalts und der anderen Staatsnotwendigkeiten, sowie des in der Thronrede angeführten Programmes bilden. Andererseits wird auch der Plan eines großen parlamentarischen Konzentrationsskabinetts erörtert, in dem die Ministerien für Landesverteidigung, des Innern und des Erziehungswesens als unpolitische angesehen und auch die Ministerposten einschließlich des aufstrebenden Ministeriums für soziale Fürsorge unter den Parteien aufgeteilt werden und zwar so, daß vier den Deutschen, zwei den Polen und zwei den Tschechen überlassen und außerdem 6 Landsmannsministerstellen errichtet würden und zwar zwei deutsche (eine für die Alpenländer, eine für Deutschböhmen, eine polnische, eine tschechische, eine litauische und eine ruthenische). Die Verhandlungen sind noch nicht abgeschlossen.

Japanisch-amerikanische Differenzen.

Bern, 20. Juni. Wie der „Neuhof-Geralt“ aus Washington meldet, hat die japanische Regierung gegen die amerikanische Note an China Einspruch erhoben. Das Washingtoner Staatsdepartement verzichtete infolgedessen darauf, sich in die chinesischen Wirren weiter einzumischen. Das japanische Ministerium betrachtet damit den Zwischenfall als erledigt. Stockholm, 20. Juni. Die Petersburger Telegraphenagentur meldet aus Tokio vom 12. Juni: Die japanische Presse erörtert anlaurend in 'eindlichem Tone das Auftreten des amerikanischen Votchschafters in Peking, der China gerufen habe, den Eintritt in den Krieg bis nach Ordnung der inneren Angelegenheiten aufzuschieben. Amerika's Auftreten schädige das Ansehen Japans, das in China Privilegien besitze.

Peking in der Hand munterer Soldaten?

Berlin, 20. Juni. Der „Daily Mail“ wird aus Peking gemeldet: 4000 aufständische Soldaten, vollständig ausgerüstet mit Munition und Artillerie, marschierten auf Peking los, rüdten in die Stadt ein und besetzten die Wälle, die Kanonenläufe gegen das Stadttinnere gerichtet. Der Militärkommandant von Peking begab sich, einer Amsterdamer Meldung der „Nationalg.“ zufolge, zu den Führern der munteren Truppen und bat um Befreiung ihrer Forderungen. Die Unterhandlungen, die sich zwischen den Aufständigen und den Regierungstruppen entspannen, führten zu keinem Ergebnis.

Aus den Standsbüchern der Stadt Karlsruhe.

Todesfälle: 18. Juni: Franz Dufel, Geiger, 68 J.; Albert Tenji, Buchbindermeister, 68 J. — 19. Juni: Karoline Greis, 82 J.; Witwe von Franz Greis, Schneider; Maria Börner, 66 J.; Ehefrau von Wilhelm Börner, Betr.-Assistent; Christine Rabbe, 34 J.; Ehefrau von Rich. Rabbe, Tagelöhner.

Haupt- u. Residenzstadt Karlsruhe.

Höchst- u. Nichtpreise.

In der Zeit vom 21. Juni bis einschließl. 24. Juni sind auf den Märkten und in den Verkaufsgeschäften hiesiger Stadt folgende Nichtpreise einzuhalten.

Gemüse.	
Blumentohl	1 Stück 80-100 Pfg.
Weißkraut	1 Pfund 20-25 "
Wirsing	1 Pfund 20-25 "
Spinat	1 " 15-25 "
Bohnen, grüne	1 " 70-80 "
Erbsen, grüne	1 " 30-35 "
Karotten	1 Bund 10-30 "
Doppel	1 " 70-80 "
Schnittkohl	1 Pfund 15-20 "
Runkelrübenblätter	1 Pfund 10 "
Rüben, rote, neue Ernte	1 Bund 10-15 "
Kohlrabi	1 Pfund 20-25 "
Kohlsalat, inländischer	1 Stück 3-12 "
Endivien-Salat	1 Stück 20-25 "
Maigrüben	1 Pfund 10-12 "
Zuckerrüben	1 Pfund 60-70 "
Meerrettig	1 Stück 30-70 "
Nettig	1 " 2-10 "
Radisheschen und Eisgapsen	1 Bund 3-10 "
Kürken	1 Stück 40-70 "
Spargeln I	1 Pfund 65-70 "
II	1 " 35-40 "
Rhabarber	1 " 15-20 "
Zwiebelsn, mit Rohr	1 " 20-25 "

Obst.	
Kirschen	1 Pfund 45 Pfg.
Erdbeeren	1 " 75 "
Schmelbeeren	1 " 50 "
Johannisbeeren	1 " 40 "
Stachelbeeren	1 " 40 "

Karlsruhe, den 20. Juni 1917. 11a

Preisprüfungsstelle für Marktvaren.

